

Sachen. Es sprach: Herr von Raab, Ministerpräsident von ...

den Folgen angeführten Verabreichung der ...

Marodeure an der Arbeit!

Der Kampf der kommunistischen ...

Wirtschaftspolitik.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaus

Das 150fache der ...

Table with 2 columns: Baustoffe, 1. Juli 1914, 1. Dezember 1922. Rows include Zement, Sand, etc.

Nach den Ermittlungen der ...

Die Baustoffe sind also seit 1914 auf das ...

1250 Milliarden Banknotenumlauf.

Die gewaltige Zunahme des Banknotenumlaufs im letzten Jahre ...

Die französischen Handelsverträge im Wirtschaftsjahr 1922.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland haben sich ...

Späringhof.

Roman von R. v. d. Eibe.

Wenn hätte Eme ihn um Vergeltung gebeten, oder sie wüßte nicht, wie sie es anstellen sollte. ...

Einmal's Mitte. Die U.S. Hugo Sinnas für Geschäftszwecke ...

Wiedereinführung des Bankgeheimnisses? ...

Devisenkurse.

Table with 3 columns: Devisenkurse, Deute, 8.1.22. Rows include Holländischer Gulden, Italienische Lira, etc.

Bewegungsbewegung. Schiedspruch über die Bergarbeiterlöhne

Die Unternehmer verzichten auf ihrem absehbenden Einbußen ...

Am Montagvormittag wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Neueingelassen der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt. ...

Ablehnung der kommunistischen Propaganda.

Am Sonntag, 8. Januar, (Ein Deutscher). Die am Sonntag im ...

Entschlossene Ablehnung fand die kommunistische Propaganda für ein ...

Die Verhandlungen über die ...

Die Verhandlungen über die ...

Die Verhandlungen über die ...

Als Eme kam, lag auch die alte Schöne schon neben der Mutter ...

Sie ließen sich Zeit beim Essen und Trinken, und die große ...

„So, mein Deern“, sagte sie, „nun so, nun so, es gibt. Ich will ...

„Doch, ich habe an nichts anderes gedacht“, versicherte Eme ...

„Anwaschen hätte nur das Wort ...“

„Was es ist, kann ich nicht sagen“, versetzte Schöne, „aber ihr ...

„Das war das!“, sagte Amortien. „Nun möchte man ...“

„Schöne sauste. Ja, wenn man das Unglück ...“

„Während Schöne Schinken der Mutter die Karten legte, war ...

war's, als ob hinter der Weidpflanzung ...

„Ja, ja, solche, eine Hochzeit liegt darin, oder sie liegen noch ...

„In diesem Abend ging Eme früher als sonst fort. Eine ...

„Nächtigen Schrittes eilte sie dahin, vorbei an den blühenden ...

„Als sie bei Späringhof ...“

„In Eines Augen ...“

„Nun noch das Feuer in der Stube ...“

„Als hätte Eme wohl gesehen. Er hatte auch die ...“

„Es war ein langweiliger Abend für ihn gewesen. ...“

Aus dem halleischen Gewerkschaftsleben.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Auf dem Wege zu gemeinsamer Arbeit.

Am Sonntag, den 7. Januar, fand im „Volkspark“ die diesjährige Generalversammlung der Halleischen Metallarbeitervereine statt, in welcher die Kreisverwaltung neu gewählt wurde. Die Beschlüsse sind im wesentlichen an den früheren einen sehr sachlichen und auch ruhigen Verlauf. Sie war stark beachtet.

Aus dem Bericht des Kollegen Gröbel ging hervor, daß sich auch im vergangenen Jahre die Mitgliederzahl nach den fürchterlichen Rückschlägen durch die Spaltung im Jahre 1921 weiterhin gesteigert und eine Höhe von 8500 erreicht hat. Erzielt wurde dieses Resultat durch die intensive Kleinarbeit bei Organisationsleistung im Kampf gegen die Alltagsnot und gegen der Metallarbeiter. Kollege Gröbel wies im Jahresbericht, der er leider vollständig für das ganze Jahr noch nicht vorlegen konnte, auf die steigenden Einnahmen (für die Hauptkasse im 4. Quartal allein 7 Millionen Mark) und die erhöhten Unterhaltungen hin. Der Kreisverwaltung (4 V. V. D. Mitglieder) wurde im großen und ganzen von beiden Seiten Anerkennung gesollt. — Durch vorherige Verein-

barungen zwischen den beiden Fraktionen war für die Revision der Kreisverwaltung die Befragung in der bisher geltenden Größe der beiden Richtungen vorgebehalten. Es konnte die Wahl, bei anderer Vorschläge nicht hingegen, ersatzweise deshalb durch Umbauarbeiten reibungslos vor sich gehen. Getätigt wurden fast einmütig die V. V. D. Kollegen Gröbel (1. Bevollmächtigter), Gröbel (2. Bevollmächtigter), Lange (Revisor), Krumm (Revisor) und die V. V. D. Kollegen Lütke (2. Bevollmächtigter), Seifert (2. Revisor), Seifert, Maibach (Revisor), Bürger und Seifert (Revisor).

Die nun folgende Wahl von drei Delegierten zur Bezirkskonferenz in Dessau am 28. Januar erfolgte eine längere Debatte, da die V. V. D. Fraktion alle drei Mandate belegen wollte. Auch hierzu hatten vor der Beendigung Verhandlungen der beiden Richtungen stattgefunden, in denen die V. V. D. Kollegen einen Delegierten für sich beanspruchten. Die Verhandlungen waren resultatlos verlaufen. Doch wurde durch die Debatte und durch eine kurze Unterbrechung der Beendigung, die der Kommunisten eine nochmalige intensive Befragung ermöglichte, die vorher nicht gelungene Verständigung herbeigeführt. Neben zwei Kommunisten geht immer Genosse Lange mit als Delegierter nach Dessau.

Vervollständigt ist noch, daß die Metallindustriellen in einem Schreiben vom 6. Januar ersuchen, sie hätten vorläufig eine

weitere Lohnsteigerung nicht für notwendig, da sich die Preissteigerung der Rohstoffe nicht wesentlich verändert hätte. Die für Montag den 7. Januar vorgesehenen Verhandlungen würden daher nicht stattfinden. Kollege Gröbel teilte mit, daß von ihm sofort der Schlichtungsausschuß angezogen worden sei, der auch am Dienstag, dem 8. Januar, sich mit weiteren Beratungen beschäftigen werde. In der Spitze sind gefordert, ab 2. Januar für den Monat 24 Jahre alten Produktionskräfte 400 Mk., statt bisher 320 Mk. zu zahlen, sich auf Kämpfe vorzubereiten und den Übertritt der Unternehmung zu brechen. In den Betrieben, in denen dem Arbeitgeber die Leistung von Überleitenden, wenn auch nur im engsten Zusammenhang, zugehoben sei, sei Lieberarbeit sofort einzustellen.

Der Verkauf der Verammlung lief für die Zukunft die Hoffnung auf ein gemeinsames Zusammenarbeiten beider Richtungen im Verband noch vorber.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: H. O. S. G. H. u. J. für Halle und Gansfurt sowie für Gansfurt: Gottlieb Schöler; für den Provinzialen Teil: Karl G. G. G. für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. G. G. G. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. G. G. Halle/Saale, Burg 42/44.

W. G. S.

Halle u. Bezirk Merseburg
Schaubergstr. 23, Halle (Saale), Fernr. 42/44
Stimmer 23, Fernr. 1028

Halle.

Januarstellungen. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20 (linke Heustadt): Vortrag des Gewerkschaftler. Der preussische Landtag.

Sozialistische Arbeiter. Heute abends 8 Uhr im Jugendklub, Mittelnstraße 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Freie Beamtenschaft der VSPD. Mittwoch, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Deutscher Arbeiter. Mittwoch, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Friedersdorf. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Bereinsanzeiger

Die Naturfreunde. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Deutscher Verkehrsband (Transportarbeiter-Verband). Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Verein Dr. med. Schäfers Biochemie. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Stadt-Theater. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Brieftaschen. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Die Rosenkavalier. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Geld an Leute. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Mähmaschinen. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Fragen Sie Ihren Arzt! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Pelikan Caramelbonbons. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Überall erhältlich! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

Man achte beim Einkauf auf die Pelikanmarke. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr im Saal, im Theaterplan 20, Vortrag: Die soziale Lage der Arbeiter im Reich.

UT

Die Finsternis u. ihr Eigentum

Zigeuner
in 6 Akten.

In den Höfen des Schwelgers
Ein Bergsteigerfilm in 4 Akten.

Aus der Naturgeschichte des kleinen Moritz
Der Mathäer
1 lustiger Akt.

Beginn: Wochentags 4 Uhr.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

Double Brillanten

kauft laufend

Holland, nur Schülershof 10

vom Markt sichtbar.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

kauft 2114

Berlin-Cherullenberg Ankerstraße

Forsterstr. 1

Ecke Magdeburger Strasse
Heilborn & Zander.

Geschäftszeit: 9 bis 6 Uhr.

Lassen Sie sich nicht täuschen!

Verkaufen Sie Ihr

Gold-, Silber-, Platin-

Bruch, Gegenstände

nur an einen renommierten Fachmann (Uhrmacher, Goldarbeiter). Nur dort erhalten Sie den realen Wert und verkaufen luxussicher!

Otto Ursin, Uhrmacher, Sternstr. 6'

Alteste Halleische Edelmetall-Handlung.

Platin-Gold-Silber-

Bruch

Uhren

Schmuck
Schmuck
Schmuck

Uhren-Reparatur
Werkstatt

H. Lerner

Gr. Steinstr. 85

Kaufe laufend

Lumpen, Knochen, Papier-

abfälle, Zettungen, Eisen,
Felle
und andere
Rohprodukte

P. Günther

Grasweg 8, Telefon 6130

Gold-

Silberwaren, Platin-Bruch,
Uhren, Ketten, Ringe,
Brillanten

kauft 2075

Emil Poenitzsch jun.

Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.)

Gold- und Silberbruch

kauft laufend

Lichtenstein

Steinweg 25

Ausweis erforderlich!

Edelmetalle

in Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brennstifte, Gebisse kauf laufend

Sparmann, Uhrmacher,

Große Steinstraße 47. 2227

Gold-Silber-

Platin-Bruch

Alte Gebisse, Double-Bruch

Fr. Backhausen

Eigene Schmelzerei

Wibergasse 4

Streng reell! Luxussteuerfrei

Gold-, Silber-, Platin-

Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte

sowie sämtliche Gegenstände in Edelmetall

Hugo Lahl, strasse 51

Eingang C. T. Lichtspiele, Hof rechts.

Arbeitsmarkt

Wir suchen einige Frauen als

Volksblatt-Musträgerinnen

Part: genommen werden bevorzugt

Verlag Volksblatt u. n. n.

Mansfelder Lande

Halten Sie sich in dieser Woche abends drei Stunden für das

Neustadt-Theater

frei! Es waren zwei Königsleichen, 6 gemaltor Aste — Ich hatte ihn so lieb. Bakend. Lebensdrama in 6 Akten.

In Kluge. Der Geiz von Gier und Gammels Himmelfahrt — Vergnügliche können telefonisch (625) bestellt und bis abends 6 Uhr abgeholt werden. A. Vargas.

Amthle Bekannmachungen

Einleben

Als gefunden sind abzugeben: Gelb 4 Schirme, 3 Vertommates mit Anhalt, 2 Schilde, 1 Armband, 1 Brustbeutel, 5 Gelbblättern mit Anhalt, 1 Kinderwagen, 3 Sandbläusen mit Anhalt, 1 Taschenmesser, 2 Rattens mit Anhalt, 2 Hunde, 1 Frettchen, 1 Kistchen, 1 Vriehel, 2 Volsketten, 2 Schürmühen, 1 Bekleidungs, 1 Perrenzung, 1 Schwand, 2 Sandbläusen, 1 Perrenzung, 1 Damenschleife, 1 Bogenrettung, 5 Gelbblättern, 2 Gattens, 1 Kinderwagen, 1 Pantoffel, 1 Schürmü, 538

Gelbsteden, den 3. Januar 1922. Die Polizeiverwaltung.

Amthle Bekannmachungen

Halle

Bericht der Preispreis-Kontrollkommission am halleischen Schlichter und Vorgesetz.

Bestellt wurden am Montag, dem 8. Januar 1922

Gattung	a) für 50 kg (Hektoliter)		b) für 60 kg (aus den Wägen entnommen)	
	1. Abgabe	2. Abgabe	1. Abgabe	2. Abgabe
Ochsen	75000	50000	70000	—
Bullen	72000	68000	70000	—
Stiere	70000	60000	70000	—
Stiere	70000	70000	70000	—
Wollschaf	70000	68000	72500	—
Wollschaf	70000	68000	70000	—
Wollschaf	68000	60000	65000	—
Mittel u. Weidlinge	12000	105000	10000	—
Wollschaf	—	—	—	—

Quersart

Getreibelegungen

Durch Verordnung vom 20. September 1922 ist der Preis für das dritte Sechstel der Getreibelegungen festgesetzt für die Zone

Roggen auf 185 000 Mk.
Weizen auf 180 000 Mk.
Gerste auf 140 000 Mk.
Seser auf 130 000 Mk.

Die Auszahlung der Differenz zwischen diesem Preise und dem vom Kommissionär bereits erhaltenen Betrage erfolgt vom Kommunalverband unmittelbar an die Erzeuger, wobei der Wehrpreis für die auf das dritte Sechstel entfallende Meie in Anrechnung gebracht wird.

Die Nachzahlungen erfolgen, nachdem das Geld dem Kommunalverband von der Preisgetreibelegungen ausgenommen und die notwendigen Berechnungen gemacht sind.

Dieses Verfahren findet auch für die weiteren Ablieferungen Anwendung, so daß der Kommissionär immer nur den für das erste Drittel festgesetzten Preis (38 800 Mk. für die Zone Roggen) zahlt, für Meie aber auch nur den Meie-Grundpreis bis das erste Drittel fordert. Die weitere Abrechnung erfolgt bis zum Schluss der Umlage unmittelbar mit dem Erzeuger durch den Kommunalverband. Er behält sich das Recht der Rückforderung einer Anzahl gesetzter Beträge ausdrücklich vor.

Die Meie, und zwar 9 Prozent der abgelieferten Umlage getreibelegungen, hat der Erzeuger von derjenigen Stelle zu rückfordern, an welche er das Umlagegetreide abgeliefert hat.

Quersart, den 5. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreislandwirtschafts.

Getreibelegungen

Das vierte Sechstel der Getreibelegungen muß von den Erzeugern bis zum 15. Januar für den Kommunalverband an die von ihm bestimmten Kommissionäre abgeliefert sein, so daß mit diesem Tage wenigstens zwei Drittel der Gesamtumlage erfüllt sind. Randwiese, welche dieser ihrer Verpflichtung innerhalb der gefällten Frist nicht nachkommen, haben mit den gefällten Beträgen abzurechnen.

Quersart, den 8. Januar 1922

Der Vorsitzende des Kreislandwirtschafts.

Familien-Nachrichten

Am 7. Januar 1923 starb nach langem Leiden der Stadtparkwärter

Wilhelm Diener.

Wir verlieren in ihm einen Mann, der über 30 Jahre in unermüdlicher Pflichttreue seiner Vaterstadt Gutes getan hat und der sich bei Vorgesetzten und Kollegen bei jeder Dienstleistung erfreuen konnte.

Durch kein trübendes entgegenkommendes Wesen erwarb er sich die Liebe und Verehrung aller, mit dem ihm zu tun hatten.

Dem Dahingewesenen werden wir über das Grab hinaus ein ehrendes Gedenken bewahren.

Gelbsteden, den 8. Januar 1923.

Der Magistrat.

Die städtischen Beamten u. Angestellten.

Stadtparlament und Denkmalsattentat.

Widerwahl des Vorstandes. — Abschlagszahlungen für Gas und Elektrizität. — Zwei Anfragen über die baltische Polizeizuständigkeit. — Scharfe Verurteilung des nationalsozialistischen Straßenspödes. — Eine „vielfache“ Rede des Oberbürgermeisters. Das Frage und Antwortspiel.

Salle, 9. Januar 1923.

Die gestrige erste Sitzung der Stadtorbiternden im Geschäftsjahre 1923, die erst mit reichlicher Verspätung eröffnet wurde, gab dem Vorsteher ein Gelegenheitsstück, nach der Hebermüdigkeit der Wünsche auf ein ferneres gemeinsames und einträchtigeres Zusammenarbeiten der Empörung Ausdruck zu verleihen, die alle Kreise der Bevölkerung über das schändliche Attentat ergriffen habe. Größer als die materielle Einbuße sei die moralische Einbuße an Ansehen, die die Stadt Halle durch die Schandtat erlitten habe. Er lege voraus, daß sein Mitglied der Stadtorbiterndenvorversammlung das Unbegreifliche billige und spreche die Hoffnung aus, daß die städtischen Behörden bei uns Eingang finden. Sollte dies doch der Fall sein, dann müßte dagegen protestiert werden. Gegen diese Unterstellung würde von den Kommunisten ein Protestschuß protokolliert. In seiner Erregung konnte sich der Vorsteher einer gewissen Parteibindung nicht enthalten. Zu der Sache selbst sind noch zwei Anfragen zu gelangen: eine Anfrage der Demokraten an den Magistrat, die die Ursachen der Denkmalsattentate ergründen und wissen möchte, aus welchen Gründen die Verschärfung der Polizei noch nicht zur Durchführung gekommen ist. Die Kommunisten hatten gleichfalls einen dringlichen Antrag eingereicht; sie sind der Meinung, daß die Vorgänge anlässlich des schwarzweißen Demonstrationstages gezeigten hätten, daß hier mit zweierlei Maß gemessen würde. Die beiden Anfragen wurden dem Oberbürgermeister übergeben, der nach Eröffnung der Tagesordnung die Erklärung abgab, daß er bereit sei, jetzt die erwiderte Antwort zu erteilen.

Ausgeredet vom demokratischen Seite, also von denen, die alle Ursache zum Schweregen Säulen, eine Anfrage an den Magistrat richtete, ob der Polizeistand in Halle ausgereicht sei, um die Verschärfung der Polizei in Halle zu ermöglichen. Die Interpellation wurde von Herrn Müller mit dem Hinweis darauf beantwortet, daß die Unfähigkeit in den Straßen in letzter Zeit ziemlich zugenommen habe; an der Peripherie der Stadt liege sich überhaupt kein Beamter der Schupo sehen. Die Bürger Halle verlangten ausreichenden Schutz vor Diebstählen, Straßenverbrechen und solchen Verbrechen, wie es in der Neujahrsnacht hier verübt wurde. Er verlangte vom Magistrat eine bindige Erklärung über das Verhältnis zur Polizei, um feststellen zu können, ob auch weiterhin die Mittel für diese Zwecke bemittelt werden könnten. Hierbei müßte vor allem geachtet werden über die Grenzen der Zuständigkeit der baltischen und namentlich verstaatlichten Polizei.

Die Kommunisten waren in Halle ausgereicht, um die Verschärfung der Polizei vor, daß sie bei den deutschen Nationalsozialistischen Demonstrationen am Sonntag nicht in offener Weise vorgegangen sei. Stadtdirektor verurteilte — was sehr selten vorkam — in einseitigen objektiver, sachlicher und zusammenfassender Form der Dingen gerecht zu werden. Von Tag, wie er im Verlauf seiner Ausführungen betonte, besonders darauf, nachzuweisen, daß es nicht angehe, die Denkmalsattentate der NSD zu umgehen. Das Attentat sei das Werk von Spiegeln, die für eine wirkungsvolle monarchistische Entwertungswelle Propaganda entfalten wollten. Es liegt fest, daß die baltische Arbeiterschaft hier strenger Disziplin befehligt habe, hingegen die nationalsozialistische der Republik feindsinnigsten Kreise sich ungehindert ergehen konnten. Der Arbeiterschaft gegenüber habe die baltische Polizei noch niemals eine solche Toleranz walten lassen. Bezeichnend für den Geist in der Schupo sei die Tatsache, daß einzelne Offiziere der Schupo, anstatt die Demonstration zu verhindern, aber den Einsatz von Gewehr und Bajonettschärfe anzuwenden hätten. Die intimen Beziehungen, die zwischen der „Halleischen Zeitung“ und einzelnen Abteilungen der Durchsuchungsbüro existieren, liegen darauf schließen, daß es sich bei dem Denkmalsattentat um eine Kollaboration handelte, um Gelegenheit zu bekommen zur Entfaltung monarchistischer Kundgebungen. Unter dem Schutze der republikanischen Polizei konnte — so führte Östlicher, wie wir aus eigener Kenntnis wissen, leider mit Recht — am Ballhaus-Theater eine wilde nationalsozialistische und gegen leitende Beamte der Republik gerichtete persönliche Hege betrieben, la zur Verhinderung von Arbeiterentzweigungen aufgeführt werden. Ringe nationalsozialistische Leute konnten sich erlauben, vor der Wohnung des Polizeidezernenten in frecher Weise zu demonstrieren und das Haus durch Infanterie zu verlagern. Der Magistrat müßte sich einmal zu dem Verstand äußern, der in der „Allgemeinen Zeitung“ über diesen Vorfall ein so gehässiges und so wütendes Wöbeln enthalten sei. Den wegen Verharmlosung des Attentats verurteilten und gefangenen jugendlichen Schwärmer mußte der Richter ebenso milde Richter, wie die Arbeitermörder aus Offizierskreisen bis heute gefunden haben.

Am erobert sich Oberbürgermeister Müller, um der lautlos verhandelnden Verurteilung zu eröffnen, daß er beide Interpellationen gemeinsam beantworten werde, soweit sie sich auf die Verschärfung der Polizei beziehen. Bezüglich der Demonstrationen vor der Wohnung des städtischen Polizeidezernenten zitierte er den Bericht der deutschlandsozialistischen „Allgemeinen Zeitung“, die ohne ein Wort des Bedauerns in ihrer Montagausgabe folgende Schilderung enthielt:

„Demonstration gegen Stadtrat Döb. Stadtrat Döb war im Laufe des gestrigen Tages mehrfach Gegenstand schäblicher Demonstrationen. Mehrmals des Tages wurde er aus Zerkeln gerufen, in denen er die verschiedensten Schimpfungen erfuhr. „Wie geht's dir, du Schuft?“ An eine Wöbelung wurde, hauptsächlich im Hinblick auf eine „sozialistische Verstaatlichung“, ein großes Lautensystem geknüpft. Gestern nachmittags gegen vier Uhr wurde ein junger Mann vor die Wohnung des Stadtrats geführt, der die Straße verurteilte und gerufen: „Komm herunter, du Schuft, wenn du es wagst! Verurteile dich nicht wieder hinter die Gardinen!“ Döb war selbst nicht anwesend. Scherzhaft verurteilte Schimpfungen die Demonstranten. Herr wieder hinter die Gardinen!“ Döb war selbst nicht anwesend, den Anzeichen der Rechtsparieren eine Anzahl Luftschreien erschallen habe, in denen er gabelt wird. Die Verurteilung vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal an verurteilt.“

Der Bericht, so betonte der Oberbürgermeister, entspricht den Tatsachen. In der gestrigen Sitzung wurde ein tiefes Bedauern ausgedrückt. Die Demonstranten haben nicht angedacht, daß die höchsten Angehörigen des Straßenspödes nachzuahmen; es ist ihrer unwürdig. Was hier geschah, ist ein niedriges Tun! In dem amtlichen Sun eines Magistratsmitglieds könne jeder Artikel finden, aber das mußte in angemessenen Formen geschehen. Das Blatt, das in so über die Wege gegen Magistratsmitglieder best und sich zum Förderer der nationalsozialistischen

Straßenspödegenossen macht, ist — das vermag unser Magistratsmitglied zu erwidern — das Missblatt des Magistrates. Offenlich verweisen wir uns auf unsere Genossen im Magistrat nicht, darauf zu dringen, daß die Stadtorbiternden aus diesem gemeinsamen Sun die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Daraus ging der Oberbürgermeister auf die Hauptfrage, wegen der die Interpellationen überhaupt gestellt wurden, die Verhandlungen ein, die zwischen der Stadt Halle und dem preussischen Innenministerium wegen der Verschärfung der baltischen Polizei bisher geführt worden sind. Die etwa einseitige Rede hinterließ wohl bei allen Stadtorbiternden der Linken den Eindruck, daß die Anfrage der Demokraten dem Oberbürgermeister ebenso erwünscht kam wie den Monarchisten das Attentat auf den brennenden „Schweiger“. Es gibt große Leute, die da meinen, daß es sich in beiden Fällen um dasselbe handelt. Bei den Monarchisten um für ihre Wäme ein wirksames Propagandamittel zu haben, für den Oberbürgermeister, weil sie seinen schon lang zurückliegenden Willen, die Verschärfung der Polizei vor sich gehen soll, von der Leber zu reden. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß Herr Müller etwa die Ungeduldigkeit besäße und die Anfrage selbst gestellt haben könnte. Der Herr seiner Ausföhrung war, die Schuld an den Vorkommnissen, die sich in Halle in letzter Zeit abgepielt haben, auf das Konto des Staates und der von ihm eingesetzten Beamten zu schreiben. Die Angelegenheit, und besonders die Art, wie Herr Müller gefast glaubte, sie behandeln zu können, erscheinen uns nichtig genug, daß wir uns noch ausführlich damit beschäftigen werden.

Herr Müller legte nach der Rede des Oberbürgermeisters eine Entschärfung vor, wonach die Stadtorbiterndenvorversammlung den Ratsmitgliedern die Verschärfung der Polizei Kenntnis nimmt und das Verhalten des Magistrats billigt. Genosse Müller erhob gegen diese Art der Beurteilung des Magistratsverhaltens Einspruch, worauf die Verammlung sich mit einfacher Kenntnisnahme begnigte und auf eine Verprechung verzichtete.

Sitzungsbericht.

Nachdem eine ganze Reihe von Eingängen vorgelesen und unter Genehmigung der Versammlung für den nächst folgenden Donnerstag im Namen des Vorstandes in sein Amt eingeföhrt worden war, schloß die Versammlung zur

Renouveau des Vorstandes.

Da die kommunistische Fraktion der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes durch Zufall aus nicht beklagenswerten Gründen verurteilt wurde, wurde auf der am 1. Januar 1923 abgehaltenen Sitzung der Stadtorbiternden die Wahl des neuen Vorstandes durch Herrn Müller (Dem.) wiederabgegeben; 7 Stimmen gegen 2 Stimmen für Herrn Müller, die übrigen Stimmten waren weiß. Am 1. Januar 1923 wurde Genosse Müller mit 23 Stimmen, zum 1. Schriftführer Stadtdirektor Müller (Dm.) mit 23 Stimmen, zum 2. Schriftführer Genosse Müller (Dm.) mit 21 Stimmen gewählt. Die übrigen Stimmten wurden der Wahl des Ausschusses für Deputations- und Ausschussarbeiten in der bisherigen Zusammensetzung vorgelesen.

Dem Entwurf eines Randvertrages von etwa 5 Quadratmeter Flächeninhalt von dem Grundstück 67 zum Preise von 60 000 M. wurde beibehalten. Ueber die Magistratsvorlage betreffend

Abschlagszahlung für Gas- und Stromabnahme

berichtigte Stadtdirektor Müller im Sinne des vom Hausbesitzersverein gefassten Beschlusses. Stadtdirektor Müller kritisierte es, daß der Magistrat zwischen Ableitung und Einföhrung ein so langes Zeitalter verstreichen lasse, und forderte, daß die Eingangs der Abschlüsse sofort erfolge. Dieser Forderung schloß sich auch der Vertreter der Kommunisten an, der namens seiner Fraktion die Er-

klärung abgab, daß die Vorlage abgelehnt werden würde. Bürgermeister Müller führte aus, daß die Einföhrung früher bis zu fünf Monaten im Rücklage gewesen sei, heute die Zeit auf nahezu einen Monat herabgedrückt. Bei dem geplanten System handelte es sich keineswegs um einen Nachschuß, sondern um eine Abschlagszahlung, die im Interesse der pünktlichen Auszahlung der Beamtengehälter unbedingt geordert werden müsse. — Genosse Albert Müller wies auf den unerträglichen Zustand hin, der durch die lang hinausgeschobene Einföhrung für die habituellen Werte entstanden sei. Der vom Magistrat zur Verhängung angeführten Zahlen könne man sich nicht verschließen. Doch müßte die soziale Lage der Verbraucher berücksichtigt werden. Bei der Einföhrung des Abschlags solle deshalb nicht der Dezember, sondern der Oktobervortrag in Rechnung gestellt werden; außerdem solle man den wirtschaftlich Schwachen gegenüber weitgehende Milde walten lassen. Herr Müller erklärte, daß er sich nicht um die soziale Lage der Verbraucher berücksichtigen werde. Bei der Einföhrung des Abschlags solle deshalb nicht der Dezember, sondern der Oktobervortrag in Rechnung gestellt werden; außerdem solle man den wirtschaftlich Schwachen gegenüber weitgehende Milde walten lassen. Herr Müller erklärte, daß er sich nicht um die soziale Lage der Verbraucher berücksichtigen werde. Bei der Einföhrung des Abschlags solle deshalb nicht der Dezember, sondern der Oktobervortrag in Rechnung gestellt werden; außerdem solle man den wirtschaftlich Schwachen gegenüber weitgehende Milde walten lassen. Herr Müller erklärte, daß er sich nicht um die soziale Lage der Verbraucher berücksichtigen werde.

Eine neue Wasserpreisbestimmung

betraf die nächste Vorlage des Magistrats. Die Ursache liegt in den abnormen erheblich verteuerten Rohstoffpreisen. Es wird beantragt, den Einzelpreis für 1 Kubikmeter Wasser von der Januarabteilung an auf 70 M. festzusetzen. Das Kollegium stimmte mit großer Mehrheit zu, nachdem Stadtdirektor Müller (Komm.) den abblehnen Standpunkt seiner Fraktion kurz zur Kenntnisnahme gebracht hatte.

Stadtdirektor Müller, der sich nicht immer als das juristische Organ des Kollegiums präferierte, verurteilte sich bei dem Vortrag über die Wasserpreise für 1 Kubikmeter Wasser von der Januarabteilung an auf 70 M. festzusetzen. Das Kollegium stimmte mit großer Mehrheit zu, nachdem Stadtdirektor Müller (Komm.) den abblehnen Standpunkt seiner Fraktion kurz zur Kenntnisnahme gebracht hatte.

Die Erhöhung der Bezüge für das Stadtorbiterndenvorpersonal wurde gleichfalls ohne Widerspruch beibehalten. Nachdem Stadtdirektor Müller die Stellungnahme des Hausbesitzersvereins hinsichtlich der Verurteilung der Verurteilung genehmigt hat, der Beschluß beantragt, daß die Bezüge für Dezember 1922 um 28 Pro. und für die Zeit ab 1. Januar 1923 um 30 Pro. erhöht werden. Dadurch wird ein Kostenanwuchs von insgesamt 9 913 550 M. erforderlich, eine Summe, die den Zuschuß für das Theater auf rund 10 Millionen erhöhen würde. Die letzten Stimmten nach dem Bericht über die Bezüge für den Dezember 1922 um 28 Pro. und für die Zeit ab 1. Januar 1923 um 30 Pro. erhöht werden. Dadurch wird ein Kostenanwuchs von insgesamt 9 913 550 M. erforderlich, eine Summe, die den Zuschuß für das Theater auf rund 10 Millionen erhöhen würde. Die letzten Stimmten nach dem Bericht über die Bezüge für den Dezember 1922 um 28 Pro. und für die Zeit ab 1. Januar 1923 um 30 Pro. erhöht werden.

Heinert Vorlagen

eine Debatte erzielte. Dem Verein für Volkswirtschaft wurde eine einmalige Beihilfe von 10 000 M. zur Bekämpfung von Heilungszuständen bewilligt. Die Gebühren für die durch die Städtische Desinfektionsanstalt bewirkten Desinfektionen wurden entsprechend der Selbstverpflichtung erhöht. Der Änderung eines Randvertrages mit der „Allgemeinen Zeitung“, die den früheren Vertrag geendet hat, wurde zugestimmt, ebenso der Erneuerung von Zeilen der Jungfernstiege an den Seebädern. Angelehnt wurde eine Eingabe des Hausbesitzersvereins wegen Erlass der Kanalarbeitungsgebühr und ein Antrag auf Aufhebung des Beschlusses, an die baltischen Jahrmärkten nur dort hiesige Spielwarenbesitzer ausstellen zu lassen. Nachdem eine ganze Reihe von Rechnungen aus den Jahren 1918 bis 1921 entworfen worden waren, wurde die Beratung der beiden Interpellationen an die Reib, die mit einer mehr als einstufigen Rede des Oberbürgermeisters Müller ihren Abschluß fand. Wir berichten darüber an der Spitze. Schluß der Sitzung nach 8 Uhr.

Nach den monarchistischen Umtrieben.

Die bürgerliche Presse schimpft die Revoltäre mit der Ehrhardt-Fabne. — Mißhandlung sozialistischer Redakteure. Demonstrationen gegen den Stadtrat Döb. — Die Sprengung der Einzelakt eines bakuninistischen Anarchisten.

Da es am Sonntag zu einer gelungenen Demonstration der baltischen Kriegesopfer und Gegenrevolutionäre nicht kommen konnte, verurteilten die rechtsstehenden Zeitungen nachdrücklich mit dem Hinweis auf die Verurteilung der Teilnehmer, die trotz des Verbotes der Kundgebungen in ihrem Trupp mit Ehrhardt-Fabnen durch die Stadt zogen, im blutigen Zusammenstoß zu provozieren, als Gelben oder — sofern die Polizei eingreift — als Wärtner hinzustellen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß das Bürgertum, das mit dem Aufmarsch von Sonntag ganz andere Zwecke verfolgte, als es vorgab, die Ermordung von Kindern durch die Lattachen oder die Verbreitung von Erkundungen für sich retten kann. Die „Halleischen Nachrichten“, die „politisch neutral“ sein wollen, hob aber erst am Sonntag im letzten Teil erneut zur Verurteilung des Verurteilten, sondern sich darüber, daß die trotz des Verbotes der Kundgebungen durch die Straßen ziehenden Fabnen der militärischen Massenblätter der Polizei nicht gebildet wurden. Sie fordern, daß nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen, sondern das Trauen von Fabnen auch für hitzige Demonstrationen von links verboten werde. Sie führen dabei zwei Ursachen fort: 1. daß die Kundgebungen am Sonntag nicht die Ziele der Demonstrationen sondern bei wilden Zusammenstößen getragen wurden; 2. daß die linksstehenden Parteien sich dem Polizeiverbot gegen, auf eine Kundgebung verurteilt und darum auch keine Fabnen getragen haben.

Die „Allgemeine Zeitung“ verurteilt den militärischen Charakter der Fabnen, die in ihrer Schildebung aber verurteilt zu, daß die Sturmtrupp der Nationalen Kriegesopfer durch die Stadt getragen haben.

Die „Halleische Zeitung“ lenkt den Vorwurf ab, weil sie bekannt ist, daß ein Redakteur des „Volksblatt“ im Ballhaus-Theater ohne Bewilligung mit Knütteln bedroht wurde. Der Verfasser der Länd-Kommunikation war ein Arbeiter Karl v. Ehrhardt, der sich nach Freilassung seines Namens noch bedrohte. Den Angehörigen also zu bedrohen: „Marie und, du sozialistischer Jude der Genosse ist weder sozialistischer Jude, noch ist er ein Sozialist.“ Eine andere Stimme rief: „Du bist als erster auf unserer Liste!“

Der amtliche Bericht.

Der Polizeipräsident gibt einen sachlichen Bericht über die Vorgänge am Sonntag:

„Der Durchzug des von mir unter dem 6. Januar erlassenen Verbots waren bereits in der Frühe des 7. Januar durch die Schupo-

polizei umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sie bestanden in der Durchsuchung einer weitläufigen Abzweigung der Wegend des Kaiser-Wilhelm-Denkmal und des Ballhaus-Theater sowie der von den bürgerlichen Parteien für 11.30 Uhr nach dem Ballhaus-Theater einberufenen Versammlung. Bis gegen 11 Uhr vormittags blieb das Straßenbild unverändert. Bald nach diesem Zeitpunkt zeigte sich jedoch ein besonders starker Andrang des Publikums nach dem Ballhaus-Theater, so daß zeitweise der Versammlungstraum aus verkehrstechnischen Gründen geschlossen werden mußte. Da der Saal nicht als Zeitnehmer fassen konnte, so wurde vor dem Versammlungsort selbst während der Dauer der Versammlung härterer Einzug von Polizeikräften auf Verurteilung notwendig. Die Versammlung war gegen 12.15 Uhr nachmittags beendet. Bei dem Abbruch der Versammlung wurden mehrere mit Eingreifen der Polizei. Gegen 12.30 Uhr nachmittags fand in der großen Steinstraße ein Zusammenstoß zwischen Angehörigen der Linkspartei und einem kleineren Anse, der die Kriegesopfer führte. Von zwei Seiten herbeieilende Schutzpolizei schloß die Straße bei Verurteilung der Versammlung. Die Linkspartei und die Demonstranten abgenommene Kriegesopfer wurde auf der Stein-Strasse-Wende in polizeiliche Verurteilung genommen, ohne daß es bisher gelang, die Namen der Fabnenführer festzustellen. (Kapitel „deutsche“ Wämer! D. Red.) Außerdem erfolgte die Verurteilung von 3 Totisöldern und 12 Ramschschüsseln.

Ein weiterer Zug von etwa 500 Jugendlichen einseitiglicher Zuschauer löste sich an der Kreuzung Hlbnls, Albrechts, Ludwigs- und Bismarckstraße von selbst auf, als Schutzpolizei in Sicht kam. Gegen 1.30 Uhr nachmittags wurde ein nochmaliger Einzug von Polizeikräften vor der Wohnung des Stadtrats Döb, der sich dort größere Kundgebungen angefangen hatten. Die Streubewegung erfolgte in Reihen und ohne Schwierigkeiten, in der Hauptstraße durch heritenden Beamte.

Kerner fanden lärmende Kundgebungen vor der Wohnung des Stadtrats Döb statt, bei der sich jugendlich unweise Elemente in gemeinen Schimpfereien verurteilten.

Ein Schupo-Polizeibeamter als Provokateur.

Dazu wäre noch zu bemerken: Im Gegenstand zum weitaus größten Teil der baltischen Schupo-Polizeibeamten, der am Sonntag nach dem Verurteilung des Verurteilten in der Steinstraße und die richtige Form dem Straßenspödes gegenüber fand, hat sich der Wämermeister Hofp von der Revolutionskommission durch in geradezu auffälliger Weise durch seine Provokationen be-

